
Ich werde immer sicherer, daß es nun tatsächlich zu einer Reform kommt

Gespräch mit Heinz-Werner Meyer über die DGB-Reform*

Heinz-Werner Meyer, geb. 1932 in Hamburg, Lehre als Bergmann, Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, arbeitete zunächst als Sekretär bei der IG Bergbau und Energie. 1969 wurde er Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands seiner Gewerkschaft, 1984 deren 2. und 1985 deren 1. Vorsitzender. Im Mai 1990 wurde er zum Vorsitzenden des DGB gewählt. Heinz-Werner Meyer starb am 9. Mai 1994.

Frage: Seit dem Bestehen des DGB wurde viermal eine Reform des Dachverbandes versucht, im Ergebnis waren es immer nur Einsparungen an Personal und Kreiszusammenlegungen in den Regionen. Vor kurzem mußt Du der Öffentlichkeit wieder Einsparungen beim DGB mitteilen. Kann man jetzt wirklich von einer DGB-Reform sprechen, nachdem 1988 ein Sparkonzept beschlossen wurde, welches bis heute Zug um Zug umgesetzt wird?

Heinz-Werner Meyer: Ich werde immer sicherer, daß es nun tatsächlich zu einer Reform kommt, wenn auch unter dem Zwang der finanziellen Verhältnisse. Bisher ist nie recht verstanden worden — inzwischen ändert sich das etwas —, daß es eine Reform des DGB ohne eine Reform der Gewerkschaften nicht gibt. Alle früheren Reformaufbrüche im DGB sind deshalb nicht zu echten Reformen gediehen, weil es nie Reformansätze in den Gewerkschaften gegeben hat. Es hat in den Gewerkschaften lediglich Notwendigkeiten gegeben, beispielsweise die Grenzen der eigenen Verwaltungsstellen und die Geschäftsverteilung in den geschäftsführenden Vorständen zu verändern. Meist ging auch das auf finanzielle Zwänge zurück, die durch den Rückgang der Mitglieder, durch Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur bedingt waren und Einsparungen nötig machten. Dies war dann aber auch schon alles,

* Es handelt sich um eine Zusammenstellung von Auszügen aus Gesprächen, die Wolfgang Hasibether für ein Forschungsprojekt zur DGB-Reform am 15. Dezember 1993 in Hattingen und am 24. Februar 1994 in Düsseldorf mit dem DGB-Vorsitzenden geführt hat.

sonst hat es nichts gegeben. Der Reformversuch im DGB im Jahre 1968 - es war ja wirklich ein Reformversuch - ist leider auch sehr schnell in ein Personalkonzept eingemündet. Es mußte schließlich nur eine Sparaktion werden, weil der wirkliche Reformwille nicht vorhanden war. Ich will das im nachhinein niemandem vorwerfen, die Zeit war offensichtlich dafür noch nicht reif.

Im Januar 1992 hat der DGB-Bundesvorstand die Reform des DGB beschlossen. Im Januar 1993 wurde bei der Klausur in Bad Breisig im Bundesvorstand erneut über die Reformschritte beraten. Ist die Reform bis 1997 abgeschlossen oder ist es ein offener Prozeß?

Eine wirkliche Reform ist ein dauernder Prozeß — und ich will es auch so betrachten —, aber es gibt in einem Reformprozeß Gegenstände, die zu einem bestimmten Zeitpunkt entschieden werden. Wer im DGB etwas verändern will, der muß z. B. die Satzung verändern. Das wollen wir auf einem außerordentlichen Kongreß Ende November 1996 tun. Wir wollen zweitens die organisatorischen Fragen und notwendigen Veränderungen mit einer Prüfung unserer Programmatik verbinden. Es muß und es wird uns auch gelingen, ebenfalls auf diesem außerordentlichen Kongreß eine Änderung unserer Programmatik zu beschließen. Beides bedarf erheblicher Vorbereitungen — wir werden damit beim 15. ordentlichen Kongreß im Juni 1994 beginnen. Über bestimmte Entscheidungen zur Satzung sind wir uns schon einig geworden, die werden wir schon jetzt entscheiden können. Was die Programmatik anbetrifft, wird es beim Kongreß 1994 nur einen Zwischenbericht geben. Ich will dazu dennoch ein Wort mehr sagen: Wir sind uns einig geworden, daß ein Programm der bisherigen, der alten Art nicht mehr zeitgemäß wäre. Ein Programm zeichnet sich sicher dadurch aus, daß es Prinzipien und Grundsätze enthält, die für eine längere Zeit Geltung behalten sollen. Wir glauben, daß die gegenwärtige Situation, die wirtschaftliche, die politische, die gesellschaftliche, die Umstände in der Welt, die sich weiter vollziehenden grundlegenden Veränderungen, eine derartige traditionelle Positionierung nicht zuläßt. Ich sage in aller Offenheit, daß wir noch nicht entschieden haben, wie ein neuer programmatischer Text schließlich aussehen könnte. Ich denke, er wird mehrere Optionen enthalten müssen, so daß uns die Gelegenheit eröffnet wird, unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten jeweils zeitlich und situationsangemessen zu entwerfen und darüber zu entscheiden. Das ist etwas anderes als eine breite Plattform, bei der alles geregelt und festgelegt ist. Das soll natürlich nicht heißen, daß ein solcher programmatischer Text auf unsere Grundwerte verzichten könnte, die die gewerkschaftliche Politik auch in Zukunft bestimmen werden.

Spielt der Begriff der Einheitsgewerkschaft bei der Diskussion um die DGB-Reform noch eine Rolle oder ist er dabei ausgeblendet?

Dieser Begriff ist keineswegs ausgeblendet. Ich glaube allerdings, daß er, wie ähnliche Begriffe auch, im Zeitverlauf einem Wandel unterworfen worden ist. Wir müssen nüchtern erkennen, das gilt übrigens auch für Teile unseres Pro-

graxnms, daß ein heute Vierzigjähriger, also Jahrgang 1953/54, der mit etwa fünfzehn Jahren in das Arbeitsleben eingetreten ist, mit dem historischen Erbe aufgrund eigener Erfahrung nicht mehr viel anfangen kann, es sei denn, er ist besonders historisch interessiert. Für ihn ist die Einheitsgewerkschaft eine Selbstverständlichkeit geworden, die nichts mehr zu tun hat mit unterschiedlichen, parteipolitisch oder weltanschaulich determinierten Strömungen. Für ihn ist ein ganz anderes Bild von Einheitsgewerkschaft entstanden und ich denke, das muß man respektieren. Wir leben gegenwärtig sozusagen in einer Zeitenwende. Ich gehöre noch zu denjenigen, die die Auseinandersetzungen erlebt haben, die es in den Anfängen der Einheitsgewerkschaft nach 1945 gegeben hat und die auch angedauert haben. Wer nur 10 Jahre jünger ist als ich, der hat das so schon nicht mehr erlebt. In weiteren 10 Jahren wird die persönliche Erfahrung überhaupt nicht mehr vorhanden sein, dann wird man das nur noch in Geschichtsbüchern nachlesen können. Ich halte dies für wichtig für die Geschichtsschreibung und auch für die Formulierung von Grundwerten. Ein solcher Erfahrungshorizont ist heute nicht mehr konstitutiv für die gegenwärtigen Einheitsgewerkschaften, und wir können ihn auch nicht künstlich wiederherstellen. Es ist übrigens ganz interessant, daß bei jüngeren Mitgliedern die Frage der Repräsentanz von Vorstandsmitgliedern aus dem christlich-sozialen Lager, aus den Reihen der CDU, überhaupt keine Rolle mehr spielt. Kompetenz ist gefragt. Sie ist an die Stelle der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und der damit verbundenen inneren Überzeugungen getreten.

Du hast im Zusammenhang mit der Reform des DGB von der Reform der Gewerkschaften gesprochen. Ist sie durch Fusionen zu wenigen großen Gewerkschaften zu erreichen? Kann der DGB bei diesem Prozeß mit seiner Koordinierungsfunktion eine Rolle spielen?

Ich kenne die Sicht eines Gewerkschaftsvorsitzenden durchaus, ich habe nicht vergessen, wie ich den DGB als Gewerkschaftsvorsitzender gesehen habe. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, wie ein amtierender Gewerkschaftsvorsitzender den DGB betrachtet. Ich halte diesen Blick aus der Sicht der Mitgliedergewerkschaft für ganz wichtig. Man sieht dann manche Dinge, die diskutiert werden, viel gelassener, weil man genau weiß, was möglich und was nicht möglich ist, was sozusagen nur eine Art Köder ist, mit dem weniger der DGB in Bedrängnis gebracht werden soll, als vielmehr die übrigen Gewerkschaften in Bewegung gesetzt werden sollen. Die Diskussion um die Zahl der Gewerkschaften halte ich im Prinzip für beendet. Sie hat immerhin dazu geführt, daß nicht nur die IG Bergbau und die IG Chemie, die sie ausgelöst haben, nun fusionieren wollen. Es sind mehr geworden. IG Bergbau und IG Chemie wissen, daß es ein ganz mühseliger, von inneren Auseinandersetzungen begleiteter Prozeß sein wird, für den man lange Zeit braucht. Anfangs hatten sie sich das einfacher gedacht, weil sie sich ideologisch nahe stehen. Plötzlich merken sie, daß das gar nicht die Bedeutung hat, sondern daß es auf die Strukturen unten ankommt.

Andere Gewerkschaften haben sich entschieden miteinander zu kooperieren, aber ihre Autonomie aufrechtzuerhalten. Das werden die versuchen. Ob das fünf, zehn oder fünfzehn Jahre hält, kann heute niemand sagen; vielleicht führt es später zu anderen Ergebnissen. Auf jeden Fall ist *etwas* in Bewegung geraten. Allerdings ist etwas anderes *nicht in* Bewegung geraten und das ist das viel schwierigere Problem. Das hat nichts damit zu tun, ob Gewerkschaften fusionieren, das hat damit zu tun, daß Betriebe und Unternehmen innerhalb von Branchen andere Strukturen bekommen, so daß die Branchenbeziehung, die früher einmal eine Rolle gespielt hat, zunehmend an Bedeutung verliert. Wenn alle Mitglieder in diejenige Gewerkschaft eintreten müßten, die nach deren eigener Satzung für sie zuständig ist, müßten vielleicht 50 Prozent der Mitglieder ihre Gewerkschaft wechseln. Die alten Regeln der Branchenbeziehungen gelten so nicht mehr. Solche Probleme werden durch Fusionen nicht gelöst.

Kann der DGB mit seiner Koordinierungsfunktion nicht einwirken?

Noch nicht, dafür ist die Zeit noch nicht reif. Das können die Gewerkschaften gegenwärtig besser, und sie müssen diese Aufgabe annehmen. Noch nicht einmal bei der Schlichtung von Grenzstreitigkeiten hat der Eingriff von oben Erfolg. Das ist eine allgemeine Erfahrung, die sich bei der Häufung der Grenzstreitigkeiten in den neuen Bundesländern bestätigt hat. Wenn die Mitglieder nicht mitspielen, dann hilft selbst eine Entscheidung des DGB-Kongresses nicht: Soll die betreffende Gewerkschaft vielleicht die Mitglieder ausschließen? Wer macht das? Und was hat das für Folgen? Ein Ausschluß hat für die Mitglieder keine negativen Konsequenzen mehr. Die Grundlage, auf der die noch gültigen Abgrenzungen geschaffen wurden, stammt von 1949 und früher, als Betriebe sich kaum veränderten. Man trat in den Betrieb ein und wurde dort pensioniert, wenn man nicht vorher zu Tode kam. Das ist vorbei.

Jedenfalls sind die Gewerkschaften kompetenter zu entscheiden als der DGB, was zu ihrer Branche gehört: Sie verfügen über die Tarifmacht und das steht in einem ganz engen Zusammenhang mit der Geltung von Tarifverträgen und den Ansprüchen des einzelnen Mitglieds. Es wird ja meistens verkannt, daß der Arbeitgeber die Zuständigkeit einer Gewerkschaft verändern kann, indem er aus einem Arbeitgeberverband austritt und in einen anderen eintritt. Das hat es früher nicht gegeben. Das sind alles ganz neue Probleme, auf die man überhaupt noch keine Antwort gefunden hat. Wir gehen noch von einer statischen Arbeits- und Gewerkschaftswelt aus. Aber die ist in Bewegung geraten. Wenn etwas in Bewegung gerät, muß man es zunächst laufen lassen. Man kann eine derartige Entscheidung nicht abbremsen, um zu klären, wohin sie laufen darf. Das bewirkt nämlich genau das Gegenteil: Es setzen sich die beharrenden Kräfte durch. Also besser erst einmal laufen lassen, solange es nicht völlig aus dem Ruder geht. Und das ist ja bisher nicht geschehen.

Es gibt ja immer wieder Überlegungen zur Durchsetzung der DGB-Reform, sei es die Abschaffung der Wahlmandate im DGB oder die Aktivierung der Mitglie-

der in den Gewerkschaften. Wie schätzt Du die Einbeziehung der Mitglieder in den Reformprozeß ein?

Mir geht es dabei um die Frage, von wem und wie, mit welchen Argumenten und mit welcher Zielsetzung die Reformdiskussion denn überhaupt erfolgt. Das ist mein Problem. Ich habe geglaubt, daß der bekundete und vorhandene Reformwille auch einen Widerhall in der Mitgliedschaft finden würde, und zwar nicht nur in einer relativ schmalen Funktionärsschicht, und daß von dort auch Anregungen der verschiedensten Art kommen würden. Ich muß ehrlich gestehen, daß, trotz aller Anstrengungen, die unternommen worden sind, nüchtern gesprochen nicht das in Gang gekommen ist, was ich erwartet hatte. Mir genügt nicht, wenn gesagt wird, das sei letzten Endes durch die ökonomische Krise zu erklären, weil ich nicht glaube, daß das die alleinige Ursache ist.

Wie glaubst Du denn, kann die gewerkschaftliche Basis mehr in diesen Reformprozeß einbezogen werden?

Ich habe da überhaupt kein Rezept, weil das ja ganz und gar vom Willen der Mitglieder abhängig ist. Das einzige, was man tun kann, ist, daß man gründlich darüber informiert, was tatsächlich geschieht. Ob wir das immer in genügender Weise getan haben, weiß ich nicht. Ich kann nicht verfolgen, wie manche Dinge, die entwickelt werden, über die Gewerkschaften bis nach unten an die Mitglieder weitergegeben werden. Politische Parteien haben ja ähnliche Erfahrungen gemacht.

... es gibt aber ganz interessante Beteiligungen der Basis bei der SPD.

... die beziehen sich aber nicht auf die Programmatik und auch nicht auf grundlegende Veränderungen. Das hat man noch nicht ausprobiert. Wenn es darum ginge, einen Gewerkschaftsvorsitzenden in direkter Wahl zu wählen, würde das wahrscheinlich auch funktionieren. Ob das aber für derartig komplizierte Prozesse auch gilt, bei denen gründlich nachgedacht werden muß; bei denen nichts vorgegeben ist? Dabei geht es ja nicht nur um Ja, Nein oder Enthaltung. Insofern besteht da ein erheblicher Unterschied.

Um verkrustete DGB-Strukturen aufzubrechen, hältst Du die Wahl der Gewerkschaftsvorsitzenden durch die Mitglieder nicht für das geeignete Mittel, die Basis mehr in die Reform einzubeziehen?

Gegenwärtig spielt das in der Diskussion keine Rolle. Ich habe einmal gesagt, daß es im DGB zu wenig brodele. Wenn der Druck auf eine solche Art von Veränderung hin nicht von unten kommt, wird nichts daraus. Von oben kann man das nicht aufsetzen -weder in einer Gewerkschaft noch im DGB.

Welche Aufgabenschwerpunkte siehst Du für den zukünftigen DGB? Welche Rolle spielen die bisherigen Personengruppen, Ortskartelle und andere auf Mitglieder gerichtete Aktivitäten? Wo liegen die zukünftigen Aufgaben?

Nur wenige wissen, weshalb wir im Deutschen Gewerkschaftsbund über diese Vielfalt von Strukturen verfügen. Es hängt nicht zuletzt mit der Frühgeschichte des DGB zusammen, daß es Angestellte und später Arbeiter und sogar Handwerk und Beamte als eigene Personengruppen gibt. Das hatte ursprünglich die Funktion der Integration dieser Gruppen in die Einheitsgewerkschaft, die bis 1933 nicht nur in einzelnen Angestellten- und Beamtengewerkschaften organisiert waren, sondern gleichzeitig auch in eigenen Gewerkschaftsbünden. Diese Bünde waren wiederum organisiert in unterschiedliche Richtungen, wie das für Arbeitergewerkschaften ebenfalls zutraf. Diese historischen Umstände spielten in einer bestimmten Phase der Entwicklung nach 1949 — und im übrigen auch schon davor in den Gewerkschaftsbünden der Zonen - eine wichtige Rolle. Die Personengruppen hatten damals durchaus große integrative Wirkung. Eine besondere Anziehungskraft der Gewerkschaften z. B. auf Angestellte ist daraus im Laufe der Zeit allerdings nicht ausgegangen. Dennoch wird es weiterhin wirkliche Personengruppen mit eigenen, offeneren Strukturen geben - Frauen und Jugend. Diese Lösung ist immer gewünscht worden, aber als sie praktisch werden sollte, traten die beharrenden Kräfte auf den Plan. Da ist die Auseinandersetzung jetzt im vollen Gange.

Nicht verzichtbar sind die mit den Personengruppen verbundenen Politiken, die allerdings in der Wirtschafts-, der Arbeitsmarkt-, der Sozial-, der Medien-, Umwelt- und Gesellschaftspolitik bereits enthalten sind. Damit habe ich schon die wichtigsten Aufgabenfelder der Zukunft genannt. Der Streit, der darüber im Detail geführt wird, ist unproduktiv. Was Klaus Zwickel in den Gewerkschaftlichen Monatsheften (12/93) aufgeführt hat, können alle als „die Kernaufgaben des DGB" akzeptieren. Sie waren es und sie bleiben es. Was wegfallen muß sind die Ausuferungen an den Rändern. Das habe ich als Verschlingung bezeichnet und bin dafür gescholten worden. Trotzdem bleibt es richtig.

Schwierig ist die Frage, welche Aufgaben der DGB für die Gewerkschaften erfüllen soll, so daß die Gewerkschaften dafür keinen eigenen Apparat benötigen, welche Aufgaben der DGB koordinieren soll und auf welchen Feldern er Initiativrecht hat. Manche sagen, das seien vor allem die Wirtschafts-, Steuer- und Kulturpolitik. Es wird sich schnell herausstellen, daß es immer wieder spezifische Interessen dieser oder jener Gewerkschaft gibt, die auch dort hineinspielen und in besonderer Weise beteiligt werden möchten. Ich will das respektieren, weil ich nichts davon halte, daß man am grünen Tisch zu den schönsten Entscheidungen kommt, die dann von den Mitgliedern einer Gewerkschaft nicht akzeptiert werden. Es kommt darauf an, daß man Akzeptanz findet, denn nur mit Akzeptanz findet man politische Unterstützung. Der DGB braucht die politische Unterstützung der Mitglieder in den Gewerkschaften.

Wie siehst Du die Aufgabenstellung beim Rechtsschutz?

Der Rechtsschutz muß effizient organisiert werden und gleichzeitig qualitativ anspruchsvoll sein. Er darf im Alltag nicht mit der eigentlichen politischen

Arbeit des DGB-Kreises verknüpft werden. Er müßte, dort, wo mehr als zwei Rechtssekretäre beschäftigt sind, auch eine eigene Leitung haben. Er muß eine räumliche Verbindung mit dem politischen Kreis haben, aber auch einen eigenen Etat, damit nicht die politische Arbeit des DGB-Kreises ständig mit Rechtsschutzkosten belastet wird und anderes dahinter zurücktreten muß. Alle diese Fragen werden in einem schwierigen Prozeß mit den Gewerkschaften geklärt. Alle Lösungsansätze machen nämlich dann überhaupt keinen Sinn, wenn es darüber auf der Kreisebene Krach mit den Gewerkschaften gibt. Zum Thema Ortskartelle: Ich bin für Ortskartelle; aber auch hier gibt es ein Finanzierungsproblem.

Du hast die Frage der Finanzen angesprochen. Siehst Du Möglichkeiten der Veränderung der Finanzierung des DGB?

Ich warne vor einer anderen Finanzierungsregelung. Ich kenne ja die Praktiken bei anderen Gewerkschaftsbünden, auch hier in Europa, die Auseinandersetzungen mit den Mitgliedsgewerkschaften führen müssen, weil es keinen in der Satzung von allen anerkannten Anspruch gibt. Die 12-Prozent-Umlage für den DGB ist eine fixe Größe, auf die man sich verlassen und mit der man langfristig planen kann. Ich halte das für einen komfortablen Zustand. Allerdings müssen wir uns im Rahmen der daraus entstehenden Einnahmen bewegen. Wer die zugrundelegenden Faktoren kennt, Mitgliederzahlen im konjunkturellen Zyklus, der kann eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik betreiben, die in der Lage ist, den Bedingungen Rechnung zu tragen, denen wir Rechnung tragen müssen. Eine solche Finanzpolitik muß langfristig angelegt sein und sie muß so angelegt sein, daß sie auch für widrige, nicht vorhersehbare Fälle die notwendigen Rücklagen bereithält. Eine solche Politik hat es bisher nicht gegeben. Es muß Instrumente geben für die richtige Zuordnung der entstehenden Kosten und der Kostenkontrolle. Auch das ist nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Die jetzt entschiedenen Einsparungen sind notwendig, damit wir nicht in absehbarer Zeit 100 Prozent unserer Einnahmen für Personal ausgeben müssen.

Eine Tatsache macht mich besonders besorgt: Ich höre immer häufiger die Meinung, gewerkschaftliche Arbeit könne nur durch hauptamtliche Funktionäre geleistet werden. Das halte ich für abwegig. Wenn wir diesen Zustand erreicht hätten, wären die Gewerkschaften tot, zumindest als politische Organisationen. Für die Gewerkschaften gilt, was immer gegolten hat: Sie müssen mit den Mitteln, die ihre Mitglieder ihnen zur Verfügung stellen, die Arbeit so gut und so effektiv leisten, wie sie das irgend können. Wenn die Mitglieder der Meinung wären, daß dafür mehr Mittel erforderlich sind, dann würden sie ja auch bereit sein, mehr dafür zu bezahlen. Nun kenne ich niemanden, der verlangen würde, Gewerkschaftsmitglieder sollten nicht ein sondern eineinhalb Prozent ihres Lohnes als Beitrag entrichten. Bei unseren Altvorderen, die keine Computer hatten, war zwei und zwei vier und nicht fünf, und sie hatten das richtige Maß. Damals machte ein Stundenlohn einen Wochenbeitrag aus,

das entspricht ziemlich genau zwei Prozent eines Monatseinkommens. Wenn die Gewerkschaften heute zwei Prozent vom Einkommen als Beitrag bekämen, hätten sie viele Probleme nicht. Aber die Satzungsvorschriften sahen nach 1945 nur noch die Hälfte vor. Das läßt sich jetzt nicht mehr ändern; wir müssen mit den Folgen fertig werden.

Glaubst Du, daß es 1997 noch einen funktionierenden Dachverband gibt und die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit einem starken Dachverband in das nächste Jahrtausend geht?

Ich bin ganz sicher. Die Klärung vieler Fragen wird eine Stärkung des Dachverbandes zur Folge haben. Dieser Prozeß, der vielleicht schon vor 20 Jahren hätte einsetzen müssen, ist nun im Gange. Er führt gleichzeitig zu einer Neujustierung der Aufgaben und der Aufgabenteilung zwischen Gewerkschaften und Bund. Das ist nach so langer Zeit notwendig, weil im Verlaufe der Entwicklung immer mehr Ungleichgewichte und Unklarheiten aufgetreten sind. Das merkt man unten viel deutlicher als oben.

Den Gewerkschaften wird außerdem immer klarer, daß der DGB, die Gewerkschaften als Gesamtsystem, in Europa handlungsfähig werden müssen. Das kann nicht jede Gewerkschaft allein. In der Vergangenheit war das schon schwierig, aber es geht nun überhaupt nicht mehr. Man braucht andere Kompetenzen. Die kann nach Lage der Dinge nur der DGB bekommen. Auch wenn ich über die Zukunft des Dachverbandes eine ganze Weile etwas unsicher war, bin ich inzwischen sicher geworden, daß es auch zukünftig einen starken Deutschen Gewerkschaftsbund geben wird.